

Medienkonferenz «Agrarpolitik 22+» vom 15. Oktober 2018

**Redetext von Monika Rühl,
Vorsitzende der Geschäftsleitung, economiesuisse**

Es gilt das gesprochene Wort.

Teil 1: Einführung und Einbettung der Studie

Der nächste Schritt in der Schweizer Agrarpolitik steht an. Wir erwarten die Vernehmlassung zur Agrarpolitik 22+ (AP22+) in diesem Monat. Wir nehmen dies heute zum Anlass, um unsere Gedanken zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik in der Schweiz darzulegen.

economiesuisse unterstützt den verfassungsmässigen Auftrag an die Landwirtschaft

Die schweizerische Agrarpolitik soll die Landwirtschaft in ihrem multifunktionalen Leistungsauftrag gemäss Art. 104 und 104a der Bundesverfassung unterstützen. economiesuisse steht hinter diesem verfassungsmässigen Auftrag an die Landwirtschaft. Wir sind insbesondere an einer Landwirtschaft interessiert, die Lebensmittel für den Markt produziert und den vielfältigen gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht wird. Ebenso unterstützt economiesuisse grundsätzlich die staatliche Stützung der Landwirtschaft für Leistungen, die nicht auf dem Markt abgegolten werden, für die aber ein politischer Auftrag vorliegt - wie z.B. die Landschaftspflege.

Und um es gleich vorweg zu nehmen: die komplette oder schockartige Öffnung des Agrarsektors ist für economiesuisse kein Thema. Ich werde am Schluss darauf zurückkommen.

Wir wollen, dass die Schweizer Landwirtschaft auch in Zukunft erfolgreich ist. Dazu sollten aber Massnahmen getroffen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu stärken. Wichtige Schlüssel dazu sind mehr unternehmerischer Freiraum für die Bauern und eine innovationsfördernde Agrarpolitik.

Studie zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik

Wir haben deshalb eine Studie in Auftrag gegeben, um konstruktive Lösungsvorschläge für eine produzierende Landwirtschaft zu evaluieren. Im Auftrag an die Studienautoren wurde explizit festgehalten, dass der Verfassungsauftrag nicht in Frage gestellt wird und dass auch die Höhe der Subventionen nicht angetastet werden soll. Es geht also um die Weiterentwicklung der heutigen Agrarpolitik und nicht um eine radikale Kurswende.

Die wichtigsten Instrumente der heutigen Agrarpolitik sind der Grenzschutz und budgetäre Stützungsmaßnahmen, hauptsächlich in Form von Direktzahlungen. Der Grenzschutz ist im internationalen Vergleich sehr hoch - nur die übrigen EFTA-Länder und Japan liegen ähnlich hoch. Die Studie geht darum davon aus, dass der Agrargrenzschutz früher oder später tiefer ausfallen könnte. Im Hinblick darauf haben die Autoren das agrarpolitische Instrumentarium kritisch hinterfragt und fundierte Vorschläge zur Diskussion gestellt.

Im Kern geht es um folgende Frage:

Wie sähe eine Agrarpolitik aus, die den Abschluss von Freihandelsverträgen nicht verhindert, zugleich aber auch den Bauern verlässliche Perspektiven bietet?

Die Studie betrachtet zuerst die heutige Agrarpolitik. Dabei werden folgende Fragen beantwortet: Welche Transferzahlungen behindern oder bremsen die Marktausrichtung, die Innovation und die Strukturanpassungen in der Landwirtschaft?

Danach erfolgt der Blick in die Zukunft. Unter der Annahme eines reduzierten Grenzschatzes geht es um folgende Frage: Wie könnten die Direktzahlungen und übrigen Transferzahlungen gestaltet werden, damit die Landwirtschaft weiter produziert und die gesellschaftlich erwünschten gemeinwirtschaftlichen Leistungen erbringt? Hauptanliegen ist dabei, dass die Land- und Ernährungswirtschaft glaubwürdige Perspektiven in einem offeneren Umfeld findet und den Landwirtschaftsbetrieben eine sozialverträgliche Anpassung an neue Rahmenbedingungen gewährt wird.

Konstruktiver Beitrag für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik

economiesuisse möchte sich generell und mit dieser Studie im Speziellen in der Agrarpolitik als konstruktive Stimme einbringen, die auch die Sicht von ausserhalb des Sektors einbringt. Wir wünschen uns eine sachliche und konstruktive Diskussion über die skizzierten Vorschläge und hoffen, dass diese in die Agrarpolitik 22+ einliessen.

Gerne übergebe ich nun für die Präsentation der Studie das Wort an Herrn Chavaz, einen der beiden Studienautoren.

Teil 2: Schlusswort

Internationale Marktzugänge sind wichtig für die Schweizer Wirtschaft

Offene Märkte sind für die Schweizer Wirtschaft unabdingbar. Wir dürfen nicht vergessen, dass in der Schweiz 40 Prozent der Bruttowertschöpfung im Export anfällt. Zwei von fünf Franken verdienen wir im Handel mit dem Ausland. Ebenso gehört die Schweiz – trotz ihrer Kleinheit - zu den zehn grössten ausländischen Direktinvestoren. Mit diesen Werten ist die Schweiz im internationalen Vergleich eines der Länder mit der höchsten internationalen Verflechtung.

Deshalb ist es für die Schweizer Wirtschaft wichtig, dass die internationalen Marktzugänge weiter ausgebaut werden. Schweizer Firmen müssen diskriminierungsfrei in möglichst viele ausländische Märkte exportieren sowie von dort importieren können, um das Handelspotenzial voll auszuschöpfen. Zudem sollen sich die Schweizer Firmen auf den ausländischen Märkten auf rechtssichere Verhältnisse und einen starken Schutz ihres geistigen Eigentums verlassen können. Dies ist wichtig, um das gesamtwirtschaftliche Wachstum und den damit verbundenen hohen Wohlstand in der Schweiz zu erhalten.

Bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen verlangen andere Länder immer öfters punktuelle Öffnungen im Agrarsektor. Diese zunehmende Herausforderung wegen des sehr hohen Grenzschatzes im Agrarsektor war eine der Motivationen, um diese Studie in Auftrag zu geben.

Besserer Marktzugang ist bereits mit moderaten Anpassungen an der Agrarpolitik möglich

Wir haben von Herrn Chavaz eben gehört, dass bessere Marktzugänge bereits mit moderaten Anpassungen an der Agrarpolitik möglich und für die Landwirtschaft verkräftbar sind. Die Diskussion zur Gesamtschau der Agrarpolitik des Bundesrats hat aber im Nationalrat unter anderem in der Feststellung resultiert, dass man die Agrarpolitik losgelöst von möglichen Marktöffnungen betrachten soll und dementsprechend nicht Teil der nächsten Revision der Agrarpolitik sein soll. Die Agrarpolitik 22+ muss auch aus unserer Sicht keine Marktöffnungen beschliessen. Sie darf aber auch nicht den Grenzschatz zementieren.

Dialog über mögliche Begleitmassnahmen zu Marktöffnungen sollte früh geführt werden

Die Studie schlägt auch Massnahmen bei einer allfälligen Marktöffnung vor. Obwohl diese – wie bereits gesagt wurde - erst beim Abschluss eines Freihandelsabkommens implementiert werden können,

sollten gewisse Vorbereitungsarbeiten, wie auch der Dialog über diese Massnahmen, bereits heute gestartet werden. Damit kann unnötiger Zeitdruck beim Abschluss eines Abkommens vermieden werden. Es wäre wünschenswert, wenn beim Abschluss eines Abkommens bereits ein grundsätzlicher Konsens über die notwendigen und richtigen Instrumente in der Agrarpolitik herrschen würde.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.